

Sein oder Nichtsein – Parlament beeinflusst die Zukunft unserer Wirtschaft

Am 18. Oktober 2015 wurde unser nationales Parlament neu bestellt. In den nächsten Jahren haben die Politikerinnen und Politiker weitreichende wirtschaftspolitische Entscheidungen zu treffen. Die folgenden Themengebiete* prägen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen in der Schweiz erheblich:

Steuern

Besonders bedeutsam ist die Unternehmenssteuerreform III (USR III), mit der die bestehenden kantonalen Steuerstatus für Holding-, gemischte und Domizilgesellschaften aufgehoben und durch international akzeptierte Rahmenbedingungen ersetzt werden sollen. Mit diesen Kompensationen – wie etwa Lizenzboxen – wird beabsichtigt, dass die Schweiz für mobile Unternehmenserträge auch weiterhin ein attraktives Umfeld bieten kann. Das Ausmass dieser Ausgleichsregelungen ist jedoch umstritten. Für die international tätigen Unternehmen ist es sehr wichtig, dass mit der USR III ein Steuerregime eingeführt werden kann, das international akzeptiert ist. Aus Zuger Sicht ist darauf zu drängen, dass die zu erwartenden Steuerausfälle nicht über den NFA kompensiert werden.

Bilaterale Verträge

Für den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz ist es von zentraler Bedeutung, zu den EU-Märkten über einen einfachen und unbürokratischen Zugang zu verfügen. Dies gelang mit den bilateralen Verträgen gut. Mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative ist das Vertragswerk der bilateralen Verträge akut bedroht. Die Umsetzung der Initiative darf den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz nicht gefährden, was nicht einfach werden wird.

Altersvorsorge

Eine weitere grosse Baustelle ist die Altersvorsorge, die vor allem aus demografischen Gründen zunehmend in finanzielle Schieflage gerät. Bei der beruflichen Vorsorge findet eine systemwidrige Umverteilung von der aktiven zur rentenbeziehenden Generation statt. Die Mehrwertsteuer soll gemäss Bundesrat um 1,5 Prozentpunkte angehoben werden. Die nötige Reform dieser Sozialwerke darf weder die beruflich aktive Bevölkerung übermässig belasten noch mit ihren Kosten die Arbeit weiter verteuern. Es muss auch künftig möglich sein, auf dem Werk- und Arbeitsplatz Schweiz zu vernünftigen Kosten zu produzieren.

Energie

Zu Beginn der nächsten Legislatur werden die weiteren Schritte der Energiestrategie 2050 beschlossen. Kurzfristig angedacht ist eine zusätzliche Erhöhung der Stromabgaben zur Finanzierung des Subventionsregimes. Längerfristig soll das heutige Subventionssystem durch eine Lenkungsabgabe ersetzt werden. Die grundsätzlich richtige Ausrichtung der Energiepolitik auf zukünftige Entwicklungen darf die Energie nicht so verteuern, dass produzierende Betriebe in der Schweiz nicht mehr konkurrenzfähig sind. Gleichzeitig ist zu den einheimischen Produzenten von Energie, wie etwa der Wasserkraft, Sorge zu tragen.

Frankenstärke

Die Frankenstärke, welche die Exportchancen von Schweizer Unternehmen stark beeinträchtigt, dürfte noch länger andauern. Langfristig ausgerichtete Reformvorhaben zur Entlastung von Unternehmen würden die Situation verbessern.

Vernunft bei Volksinitiativen

Volksinitiativen haben über die eigentliche Fragestellung hinaus eine Wirkung auf die Stimmungslage in der Gesellschaft und damit auch auf die politischen Entscheidungen. In den nächsten Jahren werden verschiedene Volksinitiativen mit wirtschaftspolitischen Fragen zur Abstimmung kommen. Ein Volksbe-

gehen möchte ein bedingungsloses Grundeinkommen einführen, ein anderes die Spekulation mit Nahrungsmitteln verbieten. Ebenfalls wird über eine Initiative abgestimmt, die die Verankerung des Bankgeheimnisses in der Verfassung verlangt. Die Bewältigung der aufgeführten Problemstellungen kann je nachdem mehr oder weniger wirtschaftsfreundlich erfolgen. In jedem Fall werden diese Entscheidungen die Rahmenbedingungen für Schweizer Unternehmen nachhaltig beeinflussen. Wir hoffen, dass sich das neu gewählte Parlament dessen bewusst ist und der Einhaltung und Steigerung der Standortattraktivität unseres Landes einen hohen Stellenwert beimisst.

Kantonale Politik beeinflusst Rahmenbedingungen

Auch die kantonale Politik steht in den nächsten Jahren vor grossen Herausforderungen:

Knappe finanzielle Mittel

Aus unserer Sicht müssen die knappen finanziellen Ressourcen des Kantons Zug als Chance betrachtet werden, die Staatstätigkeit innerhalb des Kantons zu fokussieren und zu verschlanken. Gleichzeitig erwarten wir, dass sich die Zuger Politik der Frage stellt, welche staatlichen Aufgaben wir wollen und welche nicht.

Weiche Faktoren

Den sogenannten weichen Standortfaktoren des Zuger Wirtschaftsstandorts ist Sorge zu tragen. Sie sind ein wesentlicher Faktor. So soll die Verwaltung weiterhin kompetent und kundenfreundlich bleiben. Die nahen Wege spielen eine wichtige Rolle, und der Kontakt zwischen Wirtschaft und Behörden soll einfach und so wenig bürokratisch wie möglich sein.

Standortwettbewerb

Bei den politischen Entscheidungen soll die Zuger Politik weiterhin den Wettbewerb annehmen und versuchen, zuoberst zu bleiben. Wir erwarten von den politischen Akteuren auch, dass sie sich gemeinsam für einen gerechteren NFA einsetzen. Die frisch gewählten National- und Ständeräte haben in den nächsten Jahren eine grosse Zahl von wirtschaftspolitischen Fragen zu lösen, die für die Wirtschaft von existenzieller Bedeutung sind. Ähnliches gilt für den Kanton Zug, will er seine hervorragende Position als internationaler Wirtschaftsstandort auf engstem Raum sicherstellen.